Zu diesem Heft

Reinhard Blomert

Wirtschaftliches Wachstum hat heute seine Funktion als Korrelat des Bevölkerungswachstums verloren, denn die Bevölkerung schrumpft. Es ist vor allem ein Vehikel der Umverteilung und dient den Ansprüchen auf Teilhabe: Wirtschaftswachstum wird als notwendig betrachtet, um bei steigender Produktivität – also sinkender Beschäftigung – eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Wirtschaftswachstum, soweit es sich nicht um geldmäßige Aufwertung durch gesteigerte Nachfrage oder statistische Tricks handelt, ist mit steigendem Energieaufwand verkoppelt, zuerst bei der Herstellung, immer häufiger aber auch beim Gebrauch der Güter selbst: An allen Ecken und Enden in unseren Büros und unseren Wohnungen und Garagen blinkt und leuchtet es, immer neue motorisierte Stromfresser werden erfunden und auf den Markt gebracht, von der Zahnbürste und dem Raseneckenausputzer mit Elektromotor, über batteriebesetzte Digitalwaagen bis zu kurzlebigen IT-Geräten und Gerätekombinationen, die am Stromnetz oder an Batterien hängen und uns überall über Kabel oder über Strahlenfrequenzen an der Kommunikation teilnehmen zu lassen versprechen. Das Konsummuster hat sich zu einem Habitus gefestigt, und bedarf im Falle der IT-Geräte wiederum der permanenten Bereitstellung von Daten und Datenverbindungen, die von „Server-Farmen“ der Betreiberfirmen wie Google, A&T, Yahoo oder Microsoft eingerichtet werden, von denen jede einzelne den Stromverbrauch einer amerikanischen Kleinstadt hat.

Aber Energie ist ein Politikum, und was den einen als kulturelle Selbstverständlichkeit erscheint, empfinden andere als einen Luxus, mit dem die westliche und die verwestlichte Welt beide höchst verschwenderisch umgehen.

Die Reaktorkatastrophe in Japan hat weitreichende Folgen für die Energiepolitik. Der Mogul Bill Gates, der vom Ausbau der Atomenergie träumt und sich über die „German Angst“ lustig macht, wird bereits nicht mehr ganz ernst genommen, das zeigt der Platz in der Rubrik „Vermischtes“, den ihm die Zeitungen für seinen Besuch in Deutschland einräumen.

Dass Energie teurer wird, aus welcher Quelle sie auch stammt, steht heute außer Frage, Energie muss also eingespart oder neu verteilt werden. Ist damit der Wachstumspakt der Sozialpartner in Gefahr? Die EU-Kommission setzt klassisch angebotspolitisch auf Energieeffizienz, schreibt quecksilberhaltige Energiesparlampen und Wärmeisolation vor und fördert den Bau sparsamerer Motoren. Energieeffizienz gilt als Kompromiss zwischen

Ökologie und Ökonomie und zugleich als ein neuer Markt. Dabei wird allerdings das in der Ökonomie bekannte, wenn auch ein wenig in Vergessenheit geratene Jevons-Paradox (auch „Rebound-Effekt“) konsequent ignoriert. Es ist jener Effekt, der die Effizienz einsparungen immer wieder neutralisiert oder sogar konterkariert durch den zunehmenden Einsatz der effizienteren Güter. So führt Benzineinsparung bei Automotoren dazu, dass mehr und größervolumige Autos gebaut und verkauft werden, der Einsatz von Energiesparlampen führte dazu, dass man die Lampen länger brennen lässt, weil es ja sparsamere Lampen sind.

Welche Lösungen stehen angesichts der Notwendigkeit zum Energiesparen zur Verfügung? Die Stoffökonomie gibt nur eine abstrakte Antwort: Wenn in Japan alle Automaten abgeschaltet würden, so liest man, könnte man auf drei japanische Atommeiler verzichten. Und wenn der Lebenszyklus langlebiger Konsumgüter verdoppelt oder verdreifacht würde, könnten entsprechend zwei- oder dreifache Mengen an Rohstoffen und Strom eingespart werden. Das Ziel der Ressourcenschonung würde erreicht, aber das Wachstum würde beeinträchtigt, und die Frage ist, wie könnte man die notwendigen Maßnahmen durchsetzen und die daraus sich ergebenden Verteilungskonflikte steuern?

Darüber wird auf der anderen Seite der Energiefrage, der Frage der Emissionen diskutiert. Wer soll Energienutzung einschränken und wie stark? Lassen sich die Kosten der Emissionsvermeidung nach Maßstäben der Gerechtigkeit verteilen – etwa auf dem Niveau der Weltpolitik, wenn die UN oder die G20 neue Richtlinien für die Staaten bestimmen? Oder benötigen wir einen ganz konkreten zivilgesellschaftlichen Ansatz? Etwa auf dem simplen Niveau der Familie und der Gemeinde? Die Klimaökonom Ottmar Edenhofer, Christian Flachsland und Steffen Brunner definieren die Atmosphäre als ein Gemeingut, das als endliche Ressource betrachtet werden muss. Sie machen Vorschläge, wie deren notwendige Neuverteilung ausgehandelt werden sollte. Und die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom mahnt: Niemand soll auf die Ergebnisse einer internationalen Agenda warten, sondern gleich in seiner unmittelbaren Umgebung anfangen zu handeln. Man soll die Antwort auf allen Ebenen geben.

Weert Canzler und Lutz Marz haben über die „Inwertsetzung“ neuer Techniken durch Valorisierungsagenturen und eher wenig bekannte Kommissionen geforscht, die sich um die Akzeptanz von neuen Techniken beim Publikum kümmern. Denn die Durchsetzung von neuen Großtechniken, die nicht einfach die Fortentwicklung vorhandener Techniken sind, kann nicht allein mit Qualitätsreferenzen erreicht werden. Es müssen vielmehr eine ganze Reihe von kulturellen und habituell gewachsenen Widerständen überwunden werden.

Francesca Falk hat in einer der Darstellungen des Emblems unserer Zeitschrift Schnabelmasken entdeckt, die von Pestärzten der Ansteckungsgefahr wegen getragen wurden. Sie symbolisieren, so Falk, die Rolle des Staates als Selektor, denn Pestkranke durften nicht in die Stadt eingelassen werden.

Jürgen Gerhards schrieb eine Polemik gegen den „Kult der Minderheitensprachen“, der, wie er findet, in Europa ziemlich übertrieben werde – was die Galizier an Geld und Zeit in das Erlernen ihres alten Dialekts stecken, könnten sie besser auf das Erlernen der modernen Geschäftssprache Englisch verwenden. In ihrer Replik weist Gertrud Nunner-Winkler dagegen auf Erkenntnisse hin, die das Erlernen auch solcher Sprachen als Vorteil zum Verstehen von Fremdem bietet, die nicht direkt im Zusammenhang mit einem

Karrierekalkül erlernt werden. Im Übrigen erhebt sich auch die Frage, ob das Erlernen des Englischen wirklich zukunftsgerichtet ist. Vielleicht sollten die Galizier lieber Latein oder Deutsch lernen? Der Aufsatz von Mark Lilla legt dies nahe und relativiert auf überraschende Weise unser anglozentrisches Weltbild.

Schließlich finden Sie in diesem Heft auch den angekündigten Nachruf auf Claus Koch von Wolf-Dieter Narr.